

**Stellungnahme
zu dem Beratungsgegenstand
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Corona-Pandemie-Hilfefondsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/6298 -
sowie
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/6353 -**

THUR. LANDTAG POST
11.10.2022 15:22

25/12/2022

Der Verband der Wirtschaft Thüringens begrüßt, dass sowohl die Regierungsfractionen als auch die CDU-Fraktion die Dramatik der gegenwärtigen Lage erkannt haben und ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesregierung schnell und unbürokratisch Bürger, Wirtschaft und Kommunen unterstützen wollen. Diesem Ziel werden aus unserer Sicht beide Entwürfe grundsätzlich gerecht.

Wir erinnern an unsere Position vom 25. Mai 2020 aus unserer Stellungnahme zum damaligen "Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG)".

Aus unserer Sicht ist das Format eines Sondervermögens nicht optimal, die Gelder sollten direkt über den Haushalt bereitgestellt werden.

Ebenso haben wir damals darauf hingewiesen, dass die Corona-Krise uns voraussichtlich länger beschäftigen wird - was sich leider bewahrheitet hat.

Selbiges gilt noch stärker für die Energiekrise. Diese wird ihre volle Dramatik erst im Laufe des Winters entfalten und mindestens über das Jahr 2023 hinweg massive Auswirkungen haben.

Im Wesentlichen unterscheiden sich die beiden Gesetzesentwürfe in drei Punkten:

Zum einen im angestrebten Zeitraum, welcher im Entwurf der CDU Fraktion über das kommende Jahr 2023 hinaus reicht. Eine Einschätzung, die die Wirtschaft teilt.

Zum anderen in der Höhe des Sondervermögens. Der Entwurf der CDU-Fraktion sieht eine weitere Zuführung aus dem Landeshaushalt vor, die aus Sicht der Wirtschaft auch unerlässlich ist.

Des Weiteren trifft nur der Entwurf der CDU-Fraktion konkrete Aussagen über die Verwendung und über die Aufteilung der Mittel zur Abfederung bzw. Bekämpfung der Folgen sowohl der Corona-Pandemie als auch der Energiekrise. Die prozentuale Aufteilung ist unserer Einschätzung nach angemessen und entspricht einer geschätzten Bewertung der wirtschaftlichen Folgen der beiden Krisen in den kommenden zwei Jahren.

Wir sprechen uns eindeutig für den Entwurf der CDU-Fraktion aus.

Erfurt, 10.10.2022